

Kommentar

Die Alpen sind bald chinesisch

Von Kurt Tschan



Die Schweizer Energiewirtschaft kann sich ihre Wasserkraft nicht mehr leisten. Damit steht die sauberste Energie der Welt zum Verkauf.

Alpiq will deshalb einen Drittel ihres Kraftwerk-Portfolios an in- und ausländische Investoren verkaufen. Das Beispiel dürfte Schule machen. Im Zug der Energiewende ist die Wasserkraft unrentabel geworden. Andere Energieversorger des Landes könnten nun ebenfalls versuchen, ihre Werke zu verscherbeln.

Anders als Wind und Sonne erhielt die Wasserkraft bis dato keine milliardenschweren Anschubfinanzierungen, sondern wurde mit happigen Wasserzinsen zusätzlich vom Staat gerupft. Angesichts der gewaltigen Überkapazitäten im europäischen Strommarkt ist man sich bei Alpiq bereits heute bewusst, dass mit dem Verkauf der unrentablen Wasserkraft im besten Fall zukünftige Verluste geschmälert werden können.

Gesucht von Alpiq sind Investoren mit langem Atem und jene, die sich aus strategischen Gründen einen Einstieg in die Energieversorgung des Landes leisten können. Die Vorstellung, dass bald ausländische Firmen die Führung im Wasserschloss Schweiz übernehmen und darüber entscheiden, wann und wie stark der Wasserhahn geöffnet wird, ist real.

Der Stern von Laufenburg ist mit dem Ende der Wasserkraft endgültig erloschen.

Beim Ausverkauf des Wirtschaftslandes Schweiz greifen gerne die Katarer zu und natürlich die Chinesen. Auch sie könnten ein Interesse am blauen Gold aus den Schweizer Alpen haben. Syngenta ist ein Beispiel dafür, wie entschlossen die Chinesen zu Werke gehen, wenn sie etwas wollen.

Der Untergang der Schweizer Wasserkraft ist der Beweis dafür, dass der Stern von Laufenburg endgültig erloschen ist. Er zeigt aber auch, wie desaströs das Land politisch agiert, wenn es wie im Fall der Energiestrategie die Grundpfeiler einer liberalen Marktordnung über den Haufen wirft. 500 Milliarden Franken weltweit werden jährlich in die Energieförderung gesteckt. Die 120 Millionen, die die Schweizer Wasserkraft in Zukunft aus dem Förderprogramm der KEV erhalten soll, werden deshalb wirkungslos verpuffen.

In dieser Hinsicht sind die Verkaufsabsichten der Alpiq nur ein letzter Weckruf an die verantwortungsvollen Kräfte des Landes, das Herz der Schweizer Energieversorgung nicht fahrlässig zu opfern, sondern alles zu unternehmen, um eine fatale Fehlentwicklung zu korrigieren. Ein Quotenmodell für die Zeit bis zu einer vollständigen Liberalisierung des Strommarktes, das E-Werke verpflichtet, Wasserstrom zu kaufen, ist aber der falsche Weg. Die notwendige Flurbereinigung in der Branche ist nicht mit zusätzlichen Subventionen zu schaffen. Sie würden bloss das Gegenteil bewirken. kurt.tschan@baz.ch



Nicht mehr kostendeckend. Grande Dixence, die höchste Gewichtsstaumauer der Welt (im Wallis), könnte bald in ausländische Hände geraten. Foto Alpiq

Ausverkauf bei Alpiq

Führender Energieversorger verkauft 49 Prozent seiner Schweizer Wasserkraft

Von Kurt Tschan, Olten

Ab sofort stehen beträchtliche Teile des Wasserschlosses Schweiz zum Verkauf. Die Alpiq hat gestern angekündigt, dass sie sich von 49 Prozent ihrer Wasserkraft trennen will. Infrage kämen in- und ausländische Investoren mit einem langfristigen Anlagehorizont in nachhaltige Energieerzeugung, sagte gestern Alpiq-CEO Jasmin Staiblin. Aber auch Energieversorger, die anders als Alpiq den Endkunden direkt bedienen, sollen zugreifen können.

Hintergrund des Verkaufs bilden die riesigen Überkapazitäten im europäischen Strommarkt, die auch vor der Schweizer Wasserkraft nicht haltmachen. «Im Moment arbeiten nahezu alle Kraftwerke nicht mehr kostendeckend», sagte Staiblin. Bei Gesteungskosten von 6,5 Rappen pro Kilowattstunde und Marktpreisen von 2,8 Rappen für den Grosshandel ist dies auch nicht weiter verwunderlich. Angesichts ihrer aktuellen Gesteungskosten würden Stromproduzenten 1,2 bis 1,3 Milliarden Franken im Jahr weniger verdienen, als sie müssten, um kostenneutral arbeiten zu können.

Der Entscheid der Alpiq kommt einem Ausverkauf gleich. Rund die Hälfte des Kraftwerksparks betrifft den Hydro-Bereich. Dieser befindet sich zu

zwei Dritteln in der Schweiz. Die Alpiq ist also gezwungen, sich von einem Drittel ihres gesamten Kraftwerksparks zu trennen. Nicht zuletzt die schlechten Zahlen für das Jahr 2015 machen deutlich, warum.

Unter der 30-Euro-Grenze

Nach einem Verlust von 902 Millionen Franken im Jahr 2014 schliesst auch 2015 tiefrot mit einem Minus von 830 Millionen Franken ab. Damit erreichen die Wertberichtigungen gemäss Finanzchef Thomas Bucher seit 2012 vier Milliarden Franken. Und auch die Zukunft des Konzerns sieht angesichts der Rahmenbedingungen düster aus. Weitere Wertberichtigungen seien wahrscheinlich, sagte Bucher. Zum einen vermisst der hohe Schweizer Franken den Energieproduzenten das Geschäft. Zum anderen wird der europäische Markt immer noch von hohen Überkapazitäten geprägt, was die Preise im Grosshandelsgeschäft weiter einbrechen lässt.

Hinzu kommt, dass langfristige Verträge von Alpiq zu Konditionen abgeschlossen wurden, die deutlich über den aktuellen Marktpreisen liegen. Sie dürften auf deutlich tieferem Preisniveau erneuert werden müssen. Hätte Alpiq diese Langfristverträge nicht, hätte sie 2015 auf 180 Millionen Franken Einnahmen verzichten müssen.

Zwischen Januar 2015 und Januar 2016 brachen die Grosshandelspreise angesichts einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum um weitere 33,8 Prozent ein. Wer je geglaubt habe, dass die 30-Euro-Grenze pro Megawattstunde ein Sakrileg sei, die unmöglich unterschritten werden könne, musste sich eines Besseren belehren lassen, sagte Staiblin. Tatsächlich bewegten sich die Preise Anfang dieses Jahres unter der 24-Euro-Grenze für eine Megawattstunde.

Die Börse reagierte ungnädig auf die Ankündigung: Die Papiere des Stromkonzerns Alpiq schlossen mit minus 8,1 Prozent ab.

Im Gespräch mit der BaZ sieht Staiblin keine regulatorischen Hürden für den Verkauf des Wasserkraft-Portfolios. Die bestehende Partner-Werksstruktur beinhaltet schon verschiedene Konzessionsberechtigungen.

Verkauf bei maximal 49 Prozent

Da die Öffnung des Portfolios nicht zu neuen Mehrheitsverhältnissen führe, sei damit auch kein Kontrollwechsel verbunden. Ohnehin gebe es die Möglichkeit zu anteiligem Besitz oder Langfristverträgen. Dies mache deutlich, dass der Verkauf bei maximal 49 Prozent liegen werde. Sie gab auch zu verstehen, dass es bereits Interessenten gebe. Es habe in

der Vergangenheit immer wieder Anfragen gegeben. Mit der Öffnung des Wasserkraftportfolios reduziert Alpiq ihre Abhängigkeit von den Strompreisen an den Grosshandelsmärkten. Man sei sich bewusst, dass die Zeit nicht die beste für einen Verkauf sei.

Allerdings führe wegen der anhaltend tiefen Grosshandelspreise kein Weg daran vorbei. Ab dem Jahr 2018 lägen die Preise für die Kilowattstunde deutlich unter drei Rappen. Deshalb müssten schon jetzt Massnahmen ergriffen werden. Der Einfluss auf die zukünftigen Erträge würde so gross, dass man gezwungen sei, die Abhängigkeit von den Grosshandelspreisen zu reduzieren.

Auf Synergien hoffen

Andere Investoren könnten die Krise nutzen und darauf setzen, dass die Wasserkraft langfristig wieder rentabel werde. Infrastruktur-Investoren dagegen könnten auf Synergien hoffen.

Bei der Frage, ob Alpiq angesichts der finanziellen Probleme, die zu einem Dividendenverzicht führen, die AKW-Beteiligungen einer staatlichen Aufwandsgesellschaft überbürden will (siehe BaZ von gestern), sagte Staiblin, dass keine entsprechende Entscheidungsgrundlage auf ihrem Tisch liege. Auch nicht als Entwurf.

«Getrieben von der Gier nach staatlichem Geld»

Bürgerliche Energiepolitiker lehnen die Pläne von Alpiq ab, Linke sieht die Chance zu raschem Atomausstieg

Von Dominik Feusi, Bern

Im Bundeshaus waren gestern die meisten von der BaZ angefragten Energiepolitiker entrüstet über die Tatsache, dass Alpiq unmittelbar nach Verabschiedung der Energiestrategie wieder neue Subventionen für die Wasserkraft beantragen will und ihre Kernkraftwerke an eine vom Staat gehaltene Aufwandsgesellschaft auslagern möchte.

Für den Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen kommt das nicht infrage: «Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der Alpiq müssen die Verantwortung für die Probleme übernehmen. Es geht doch nicht, bei den ersten Problemen nach Jahrzehnten der grossen Gewinne nach den Zitzen des Bundes zu rufen.» In diesen Gremien sassen die Vertreter der Eigentümer – meist Kantone, Städte und Gemeinden – ja genau darum, um allfällige Risiken zu erkennen und entsprechend zu handeln. Statt in den guten Jahren die wirtschaftliche Basis zu verbessern, hätte Alpiq grosszügig Dividenden ausbezahlt und sich in

finanzielle Abenteuer im Ausland gestürzt. «Jetzt soll der Steuerzahler zu Hilfe eilen. Das lehne ich ab.»

Der Aargauer FDP-Nationalrat Thierry Burkart – wie Wasserfallen im gestern enthüllten Lobby-Konzept von Alpiq als Zielperson der politischen Einflussnahme bezeichnet – pflichtet ihm bei: «Ich lehne eine Verstaatlichung nach dem Motto «Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen» entschieden ab.» Die staatliche Subventionspolitik habe zur misslichen Lage von Alpiq geführt, aber Alpiq habe sich nie dagegen gewehrt, sondern diese noch unterstützt, «getrieben von der kurzfristigen Gier nach staatlichem Geld». Weder Wasserfallen noch Burkart wurden bisher in dieser Sache kontaktiert.

Stefan Müller-Altermatt (CVP/SO) stört sich zuerst am Lobbying an sich: «Alpiq-CEO Jasmin Staiblin kann sich jederzeit mit mir treffen und ich höre ihr gerne zu. Aber ihren Lobbyisten braucht sie nicht vorbeizuschicken.» Auf eine Einschätzung zur Systemrelevanz will er sich nicht einlassen, bevor die Frage

«tiefgehend abgeklärt» worden sei. Er gibt zudem zu bedenken, dass die beiden Atomkraftwerke eigene Gesellschaften sind und ihr Konkurs darum durchaus verkraftbar wäre. Noch mehr Stützmassnahmen für die Wasserkraft findet er nicht sinnvoll: «Das haben wir alles gerade erst diskutiert.» Sein Fraktionskollege Yannick Buttet aus dem Wallis will ebenfalls nichts überstürzen. «Es hiess immer, die Kernkraftwerke haben genug Geld.» Notfalls würde er deren Trägergesellschaften eher in den Konkurs gehen lassen: «Vermutlich würden sie von jemandem übernommen.»

Unanständiges Millionensalär

Der Baslerbieter SP-Nationalrat Eric Nussbaumer sagt, es gebe zurzeit in Europa zu viel Strom. Fossile Energie, nukleare Energie und die Erneuerbaren; das sei einfach zu viel. Darum sei der Preis im Keller: «Wenn ich aber wählen muss, worauf wir verzichten, dann ist das sicher der Atomstrom.» Die Probleme von Alpiq zeigten, dass das nukleare Zeitalter zu Ende gehe. «Die

Kosten für dieses Ende bezahlen sowieso die Steuerzahler. Je früher man das macht, desto eher holen wir bei Alpiq noch eine Mitgift.»

Der Zürcher Grüne Bastien Girod lässt mit sich nur über eine Verstaatlichung der Atomkraftwerke reden, wenn der Sicherheitsaspekt höher gewichtet wird und die Laufzeiten gekürzt werden. Alpiq sei aber seiner Ansicht nach nicht «too big to fail». «Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung haben während Jahren Fehlinvestitionen gemacht und in alten Konzepten festgehalten, statt in die Zukunft des Strommarktes investiert.»

Bankenprofessor und «too big to fail»-Spezialist Urs Birchler von der Uni Zürich findet es «mehr als verschrobene», bei einem Stromunternehmen von «too big to fail» zu sprechen. Bei einem Kern- oder einem Wasserkraftwerk sei es gar nicht möglich, dass sie systemrelevant seien, weil die finanzielle Situation der Firma nicht direkt mit der wirtschaftlichen Leistung, der Stromproduktion, zu tun habe.